

Nummer 2, November 2013

Damoklesschwert „Privatisierung der Märkte“, was ist dran?

Seit mehreren Monaten wird in Bergedorf wieder einmal über die Privatisierung unserer Wochenmärkte diskutiert.

Der Seniorenbeirat Bergedorf hat sich in dieser Frage klar positioniert.

Die Wochenmärkte in Bergedorf, Lohbrügge und Bergedorf-West gehören zu unserem Bezirk, sind nicht wegzudenken und müssen Bestand haben.

Sie sind gleichzeitig ein Schaufenster über die Vielfalt und Leistungsfähigkeit der Vier- und Marschlande. So frisch bekommt man weder Obst, Gemüse noch Blumen im Supermarkt. Neben der täglichen Versorgung mit frischen Lebensmitteln haben die Wochenmärkte eine nicht zu unterschätzende soziale Funktion: Auf dem Markt trifft man sich und hält mit dem Einen oder Anderen einen Klönschnack.

Die Befürchtung, dass durch eine Privatisierung der Märkte die Kosten für die Händler steigen und konsequenterweise auf die Preise der Waren aufgeschlagen werden, teilen wir. Darum sehen die Mitglieder des Seniorenbeirats das Vorhaben sehr skeptisch, denn jeder Private, der die Märkte betreibt, will Gewinn machen.

Andererseits haben Untersuchungen u.a. der Hochschule für Angewandte Wissenschaft (HAW) im Auftrag des Bezirksamts ergeben, dass immer weniger Menschen unsere Märkte besuchen. Die überwiegende Altersgruppe der Besucher sind ältere Bürger. Ja, die Jüngeren wissen teilweise gar nicht, dass es unsere Wochenmärkte gibt.

Sie selbst haben vielleicht auch schon festgestellt, dass es oft große Lücken zwischen den einzelnen Ständen gibt. Es muss also etwas geschehen.

Nun soll eine Arbeitsgruppe im Bezirk, bestehend aus Politik, Verwaltung und Marktbeschickern, ein neues Konzept entwickeln.

Fakt ist, sollte es zu einer Privatisierung der Märkte kommen, gibt es vorher eine Ausschreibung. Wie dem Seniorenbeirat mitgeteilt wurde, würde in dem Ausschreibungsverfahren die Vorgabe „alle Märkte müssen Bestand haben“ und auch eine „Einflussnahme auf die Gebühren“ Bestandteil des Verfahrens sein.

Alter und Migration in Bergedorf

Liebe Bergedorfer Senioren-Post Leserinnen und Leser,
Sie haben mit der Bergedorfer Senioren-Post Nr. 1 im Juni 2013 erfahren, dass Bergedorf einen neuen Seniorenbeirat gewählt hat.

Der neue Seniorenbeirat wurde nach dem neuen Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetz gewählt. Mit diesem Gesetz werden die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren vor Ort gestärkt. Das Gesetz berücksichtigt auch die Vielfalt der Gesellschaft. Neben der Zusammensetzung allgemein Frauen und Männer, auch ältere Menschen mit Behinderung und ältere Migrantinnen und Migranten.

Jetzt kommt es darauf an, welchen Beitrag wir als Seniorinnen und Senioren leisten können. Die Rahmenbedingungen bieten vielseitige und gute Gestaltungsmöglichkeiten an. Das gilt auch für ältere Migrantinnen und Migranten. Wir haben die Möglichkeit in gemeinsamer Verantwortung miteinander über unser Zusammenleben zu beraten und zu handeln.



Hüseyin Yılmaz

Fast 15 % der über 65 jährigen Bergedorfer Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund und sie sind sehr heterogen. Viele von ihnen haben einen Bedarf an Beratung und Unterstützung über Zugänge ins Gesundheitssystem, an bezahlbaren altengerechten Wohnungen, kulturellen Angeboten, Rente, Zugang zum Ehrenamt usw.

Gerade die erste Generation von Migranten, die jetzt zu den Seniorinnen und Senioren gehören, hat wenig Teilhabe aber viel soziale Benachteiligung erfahren.

Die Fähigkeiten dieser Menschen wurden wenig berücksichtigt und für die Gesamtgesellschaft nicht in Anspruch genommen. Es ist an der Zeit einerseits den spezifischen Bedürfnissen dieser Menschen solidarisch gerecht zu werden und andererseits die Potenziale für uns alle zu nutzen. Nach der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972, wurden auch die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben als Betriebsräte wahlberechtigt. Das führte zu mehr Miteinander und Teilhabe für alle. Jede Gleichstellung und Gleichberechtigung wird zu mehr Demokratie beitragen.

Ich freue mich, dass ich dazu meinen Beitrag leisten darf. Sie haben einen Seniorenbeirat, der mit Ihren Anregungen und Ihrer Beteiligung an vielen Themen viel erreichen kann. Sie sind herzlich dazu eingeladen.

Freiwillige gesucht und Ehrenamt gefunden?

Die Freie Hansestadt Hamburg ist eine Bürgerstadt in der das ehrenamtliche Engagement der Menschen, die mit Stolz und Würde für das Gemeinwohl sorgen, eine hohe Anerkennung genießt. Ohne sie wären die vielen kleinen Handreichungen und Hilfen zum Beispiel in den Heimen, nicht denkbar.

Auch in Bergedorf ist man dieser Meinung und die Freiwilligen-Agentur-Bergedorf (FAB) e.V. ist mit vielen Ehrenamtlichen, auf die wir sehr stolz sind, mit ihrem persönlichen Schaffen für hilfsbedürftige und einsame Bürger Bergedorfs und dem Umland dabei.

Unser Büro ist eine Anlaufstelle für interessierte Bürger, die eine Freiwilligentätigkeit suchen oder bereits mit einer genaueren Vorstellung zu uns kommen und vermittelt werden möchten.

Durch gezielte Beratungsgespräche führen wir die Interessierten an ihre Tätigkeit heran und unterstützen bei alle Fragen zum Ehrenamt.

Auch unsere Quartiersbotschafter im „Haus Brügge“, „Haus Christo“ und dem „AWO - Haus in Boberg“ vermitteln ihre Anfragen zu Behördentätigkeiten etc. kostenlos. Die Zeiten sind über unser Büro zu erfragen, Tel. 72 10 46 40.

Wir arbeiten rein ehrenamtlich und sind dienstags bis freitags in der Zeit von 12:30 - 15:00 Uhr im Lichtwarkhaus, Haus der Jugend, 2. Etage, Holzhude 1, 21029 Hamburg, für Sie zu einem Gespräch bzw. einer Vermittlung da.

Zahlungskarten sperren

Wenn die **Girokarte** oder die **Kreditkarte** gestohlen oder verloren wurde, kann man in Deutschland die Sperrnummer **116 116** rund um die Uhr kostenlos anrufen.

Hier kann man die Girokarten von Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken, PSD- und Sparda-Banken sperren lassen.

Unter dieser Nummer können Sie auch die Kreditkarten von American Express, Diners Club, Mastercard und Visa sperren lassen.

Für die **Postbank gilt diese Nummer nicht**, da sie sich nicht an dem gemeinsamen Sperrdienst beteiligt.

Um ganz sicher zu gehen fragen Sie bei Ihrer Bank nach, damit Sie die Nummer zur Hand haben, falls Sie einmal in die Verlegenheit kommen und Ihr Konto sperren lassen müssen. Aus dem Ausland (Vorwahl 0049) ist der Anruf kostenpflichtig.

Sie können sich weitere Informationen auch unter www.kartensicherheit.de holen.